



PLATFORM
FOR ANALYTICS
AND INTERCULTURAL
COMMUNICATION
(PAIC)

KLARTEXT: UKRAINISCHE THINK TANKS IM GESPRÄCH

Europe Without Barriers

War die EU-Visafreiheit für die Ukraine im Jahr 2017 Topthema in den ukrainischen Medien, so galt die Visaproblematik bis dahin noch als unbeliebtes Reizthema. Der Think Tank „Europe Without Barriers“ schloss kompetent Informationslücken und brachte die Thematik voran, anfangs mit nichts als Enthusiasmus. Die Mitgründerin und Direktorin der Organisation, Iryna Sushko, erzählt über die Umstände, unter denen der Think Tank arbeiten musste, über den Beitrag der Organisation zu den ukrainischen Integrationsbestrebungen in europäische Strukturen und über die Zusammenarbeit mit der Regierung und internationalen Denkfabriken.

Kiew, 2017





Über das Projekt

Das Projekt „**Platform for Analytics and Intercultural Communication**“ (PAIC) hat zum Ziel, die Fachexpertise ukrainischer Think Tanks auszubauen, Synergien zwischen ukrainischen und europäischen, vor allem deutschen, Denkfabriken zu fördern und das Verständnis für die Bedeutung interkultureller Kompetenzen zu erhöhen. Das Projekt wird vom Institut für Europäische Politik e.V. (IEP, Berlin) in Zusammenarbeit mit der International Renaissance Foundation (IRF, Kiew), der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation (DIF, Kiew) und der Denkfabriken-Initiative „think twice UA“ (Kiew) mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes durchgeführt.

Projektpartner:



Über die Interviewreihe

Die Interviewreihe zielt darauf ab, ukrainische Denkfabriken sowohl in der Ukraine als auch in Deutschland der breiten Öffentlichkeit präsenter zu machen und ein Bild von der Denkfabriken-Landschaft und den allgemeinen Entwicklungen in der Ukraine zu vermitteln. Besonderes Augenmerk wird auf Herausforderungen gelegt, mit denen ukrainische Think Tanks konfrontiert werden, sowie auf deren Rolle bei der Umsetzung von Reformen in der Ukraine.

Verantwortlich für die Interviewreihe

Das Institut für Europäische Politik wurde 1959 als gemeinnützige Organisation auf dem Gebiet der europäischen Integration gegründet. Das Institut zählt zu den führenden außen- und europapolitischen Forschungseinrichtungen. Dabei ist es Aufgabe des Instituts, Themen europäischer Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen und die praktische Anwendung der Untersuchungsergebnisse zu fördern. www.iep-berlin.de

think twice UA wurde 2016 als Forschungs- und Entwicklungsinitiative gegründet, um die Fachkompetenz und Präsenz von Denkfabriken im öffentlichen Raum zu fördern. Zu ihren Aufgaben zählt die Stärkung der Expertise im Bereich Policy Analysis mit dem Ziel, positive Entwicklungen und die tiefgehenden Transformationsprozesse in der Ukraine voranzubringen. www.thinktviceua.org

Die vorliegende Publikation gibt ausschließlich die Meinung der Befragten wieder und repräsentiert weder die offizielle Position der beteiligten Organisationen noch die des Auswärtigen Amtes.

Redaktionsteam

Herausgeber: Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor, IEP

Leitende Redaktion: Ljudmyla Melnyk, IEP

Redaktion: Yvonne Braun, IEP

Interview: Olga Lvova, think twice UA

Übersetzung: Nina Hawrylow

Layout: Dmytro Mokryy-Voronovskyy

© Institut für Europäische Politik, 2017



Europe Without Barriers



Iryna Sushko ist Mitgründerin und Geschäftsführerin der Organisation „Europe Without Barriers“ und Experte für Innen- und Sicherheitspolitik. Sie steht an der Spitze der internationalen Koalition „Visa-free Europe“, leitete die ukrainische nationale Plattform des „Eastern Partnership Civil Society Forum“ und war Vorstandsmitglied des „Ukrainian Think Tanks Liaison Office“ in Brüssel. Für ihren Beitrag zur Umsetzung der Visafreiheit mit der Europäischen Union als Teil der ukrainischen Integrationsbestrebungen in den europäischen Raum wurde sie vom Präsidenten der Ukraine mit dem Verdienstorden dritten Grades ausgezeichnet.

Foto: Europe Without Barriers

Die zivilgesellschaftliche Organisation „**Europe Without Barriers**“, die 2009 in Kiew gegründet wurde, untersucht die Mobilität der Bevölkerung, unterstützt Reformen in den Bereichen Sicherheit, öffentliche Ordnung sowie Migrations- und Grenzmanagement und setzt sich für die Personenfreizügigkeit ein.

www.europewb.org.ua



Foto: Europe Without Barriers



Das Interview

Analysen und Advocacy als Säulen für den Erfolg ukrainischer Denkfabriken

*Olga Lvova,
think twice UA*

2009 wurde die Organisation „Europe Without Barriers“ gegründet. Bis dahin arbeiteten Sie im „Centre for Peace, Conversion and Foreign Policy of Ukraine“. Welche Themenbereiche hatten für Sie in Ihrer Arbeit dort Priorität?

*Iryna Sushko,
Europe Without Barriers*

Wir waren die Ersten, die die Aufmerksamkeit der eher verschlossenen EU-Konsulate auf die Probleme und Unstimmigkeiten bei der Visumsvergabe lenkten.

Im „Centre for Peace, Conversion and Foreign Policy of Ukraine“ habe ich ab 2003 das Monitoring eines damals neuen Bereichs koordiniert: der Visapraaxis und Migrationspolitik der EU-Mitgliedstaaten. Im Rahmen des Programms „Friendly EU Border“ der Stefan Batory Foundation (Warschau, Polen) konnten wir mit Partnern aus Moldau, Belarus und Russland zusammenarbeiten. *Wir waren die Ersten, die die Aufmerksamkeit der eher verschlossenen EU-Konsulate auf die Probleme und Unstimmigkeiten bei der Visumsvergabe lenkten.* Wir sahen die Konsulate nicht nur als Einrichtungen, die Dienste für die Antragsteller verrichteten, sondern auch als Verkörperung der Sicherheitsstandards und des Schutzes der Menschenrechte. *Die Empfehlungen, die wir infolge unserer Untersuchung ausgearbeitet hatten, wurden berücksichtigt und fanden sich in gewisser Weise im neuen Visakodex der EU von 2009 wieder.*

Die Empfehlungen, die wir infolge unserer Untersuchung ausgearbeitet hatten, wurden berücksichtigt und fanden sich in gewisser Weise im neuen Visakodex der EU von 2009 wieder.

Was bewegte Sie dazu, ins kalte Wasser zu springen und die Organisation „Europe Without Barriers“ zu gründen? Warum wurde dieser thematische Schwerpunkt gewählt, wie er im Namen der Organisation erkennbar ist?

Nach der letzten EU-Erweiterung im Jahr 2007 zeigte sich, dass die Visaanforderungen für ukrainische Staatsbürger für die EU strenger wurden, und deshalb die Notwendigkeit bestand, neue Instrumente zur Unterstützung der Mobilität der Ukrainer zu schaffen. Leider hat die Mehrheit der Bevölkerung mit der Visaproblematik nur die Spitze des Eisbergs gesehen – vor allem die Probleme bei der Vergabe von Einreisegenehmigungen in die EU. Wir haben uns auf notwendige Änderungen im Sicherheitsbereich konzentriert, auf neue Standards für Reisedokumente – vor allem die Einführung biometrischer Dokumente – auf eine verbesserte Grenzinfrastruktur und Asylpolitik, auf neue Antikorruptionsstellen und auf ein System zum Informationsaustausch im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Menschenhandel.

Wir spürten, dass höhere Sicherheits- und Ordnungsstandards der Schlüssel zur Visafreiheit mit der EU waren. Außerdem boten diese die Möglichkeit, jene Sparten der staatlichen Politik zu modernisieren, die unsere Sicherheit betrafen.

Wir spürten, dass höhere Sicherheits- und Ordnungsstandards der Schlüssel zur Visafreiheit mit der EU waren. Außerdem boten diese die Möglichkeit, jene Sparten der staatlichen Politik zu modernisieren, die unsere Sicherheit betrafen. Aus unserem breiten Verständnis der Mobilitätsfrage ging schließlich eine Organisation mit europäischem Profil hervor, in der die Untersuchung des Personenverkehrs Priorität hatte.



Auf welche Themenbereiche konzentrierte sich Ihre Tätigkeit anfangs? Haben EU-Behörden Ihre Analyseergebnisse in Anspruch genommen?

Zu Beginn konzentrierten wir uns auf die Einhaltung von bilateralen Vereinbarungen zwischen der Ukraine und der EU. Wir überprüften, wie das Visaerleichterungsabkommen aus dem Jahr 2008, das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr und das Rücknahmeabkommen funktionierten.

2009 tat sich eine weitere Advocacy-Plattform auf: das „Eastern Partnership Civil Society Forum“. Es waren unter anderem die Mitglieder der ukrainischen Plattform dieses Forums, die zur Leitinitiative der Östlichen Partnerschaft beitrugen.

Uns war klar, dass die Visafrage heikel, manchmal kompliziert sein würde, weil dazu unpopuläre Entscheidungen sowohl in der EU als auch in der Ukraine getroffen werden mussten. Die Arbeit zahlte sich aber für beide Seiten aus.

Zu Beginn konzentrierten wir uns auf die Einhaltung von bilateralen Vereinbarungen zwischen der Ukraine und der EU. Wir überprüften, wie das Visaerleichterungsabkommen aus dem Jahr 2008, das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr und das Rücknahmeabkommen funktionierten. Unsere Untersuchungsergebnisse waren für die Verhandlungen des gemeinsamen Komitees zwischen der EU und der Ukraine zur Implementierung der eben genannten Abkommen und für die Schengengespräche mit den EU-Vertretungen relevant. Einzelne Empfehlungen fanden 2013 im überarbeiteten Visaerleichterungsabkommen Berücksichtigung.

2009 tat sich eine weitere Advocacy-Plattform auf: das „Eastern Partnership Civil Society Forum“. Es waren unter anderem die Mitglieder der ukrainischen Plattform dieses Forums, die zur Leitinitiative der Östlichen Partnerschaft beitrugen – dem integrierten Grenzmanagement, das eine höhere Sicherheit an den Grenzen ohne weitere Einschränkungen des Personenverkehrs vorsah. Die Idee waren „intelligente“ Grenzen (sogenannte smart borders), die auf einer horizontalen Zusammenarbeit aller Grenzdienste und auf gemeinsamen Kontrollen mit Kollegen jenseits der Grenze basierten. Meine Aufgabe im Forum war die Leitung der Untergruppe für Visa und Migration, in der engagierte Vertreter aus sechs Partnerländern vereint waren. Durch die Teilnahme am „Eastern Partnership Panel on Migration and Asylum“ konnte ich wertvolle internationale Erfahrung im Migrationsmanagement sammeln.

Ein mächtiges Instrument, um auf die EU-Institutionen, vor allem die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, einzuwirken, war die Koalition „Visa-free Europe“, der über 40 Organisationen aus ganz Europa beitraten und die ich 2015 leitete.

2010, als der Ukraine ein Aktionsplan für die Visaliberalisierung mit der EU vorgelegt wurde, verlagerte unsere Organisation ihren Schwerpunkt auf das Monitoring der im Plan vorgesehenen Verpflichtungen und deren Umsetzung. Im Grunde ging es dabei um Reformen in vier Bereichen: Dokumentensicherheit inklusive Biometrie, Migrations- und Grenzmanagement, öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie Antidiskriminierungsreformen. Das Monitoring wurde von bestimmten Verwaltungsorganen und Parlamentsausschüssen professionell unterstützt. Parallel dazu arbeiteten wir mit EU-Akteuren an der Realisierung der Visafreiheit. Die Arbeit dauerte beinahe sieben unvergessliche Jahre! In diesen Jahren hatte ich kaum Urlaub, weil die Arbeit in gewisser Hinsicht der Sinn meines Lebens wurde und ich Genugtuung daraus schöpfen konnte, dass wir uns in die richtige Richtung bewegten.

Uns war klar, dass die Visafrage heikel, manchmal kompliziert sein würde, weil dazu unpopuläre Entscheidungen sowohl in der EU als auch in der Ukraine getroffen werden mussten. Die Arbeit zahlte sich aber für beide Seiten aus.



Sie arbeiten schon lange in und mit Denkfabriken. Auf welche Schwierigkeiten ist Ihr Think Tank gestoßen?

Natürlich wird jede Vorwärtsbewegung auch von Schwierigkeiten begleitet. Bis 2015 war die Organisation institutionell schwach aufgestellt und es fehlte an Fachleuten. Inklusive Buchhalter waren wir nur zu dritt und rückblickend wundere ich mich, wie viel wir oft mit reinem Enthusiasmus geschafft haben. *2015 wurde unsere Organisation im Rahmen der Projektausschreibung „Initiativen zur Entwicklung von Denkfabriken“ der International Renaissance Foundation mit Unterstützung der Schwedischen Botschaft in der Ukraine ausgewählt und der Think Tank Fund (TTF) begann, unsere Organisation umzustrukturieren.* Trotz unserer Erfahrung brachte das sehr viel Arbeit mit sich. Wir waren gezwungen, unsere Komfortzone zu verlassen und an uns zu arbeiten. Aber das war es wert! Wir haben unsere Verwaltung auf Vordermann gebracht, unser Management und unsere operativen Tätigkeiten verbessert, die Qualität unserer Policy-Analysen erhöht und das Netzwerk mit unseren Partnern ausgebaut.

Zu den Schwierigkeiten kann man auch die unsichere finanzielle Unterstützung zählen. Es ist uns nicht gelungen, unsere finanziellen Mittel effektiv zu diversifizieren, dabei haben interessanterweise alle unsere Analysen und Expertise in Anspruch genommen. Die Nachfrage nach unserer Arbeit war hoch – sowohl von Seiten der EU-Akteure und -Institutionen als auch in der Ukraine – und unsere Thematik war in den Medien sehr populär.

Deshalb hat uns die diesjährige Entscheidung der Europäischen Kommission, einer deutschen und einer ukrainischen Organisation, die mit der Visaliberalisierung nichts zu tun hatten, eine dreijährige Finanzierung zu geben, sehr verwundert. Zu den Aufgaben dieser ukrainischen Organisation, die im Grunde eine PR-Agentur und keine Denkfabrik ist, zählt das Informieren der ukrainischen Bevölkerung über die Visafreiheit und ihre korrekte „Inanspruchnahme“. Wir haben diese Entscheidung überaus bedauert und haben jetzt ein sehr begrenztes Budget für unsere Informationskampagne in den ukrainischen Regionen, sehen aber, wie wichtig es ist, mit den Menschen unmittelbar zu kommunizieren und dafür die Hauptstadt zu verlassen. Deshalb arbeiten wir zugunsten der Bevölkerung häufig weiterhin auf Freiwilligenbasis.

Wir haben jetzt ein erweitertes Team – ein Analytiker, ein Kommunikationsmanager und ein Projektmanager sind zu uns gestoßen. Die Aufgabenliste, die wir heute abarbeiten, verlangt aber eigentlich mindestens noch einen Analytiker, einen Experten für die Weiterentwicklung der Organisation und einen Finanzmanager. *Die neuen Kollegen sind junge und motivierte Leute, die in erster Linie die Werte unserer Organisation teilen, Feuer in den Augen haben und an Veränderungen in der Gesellschaft glauben. Es ist ein großes Glück, mit Gleichgesinnten und jungen Leuten, von denen man viel lernen kann, im Team zu arbeiten.*

Unsere nächsten Aufgaben sind die Umsetzung unserer Strategie für 2017/2018 und die Suche nach einer Finanzierung für neue Projekte sowie für eine angemessene Arbeitsvergütung. Leider sind diese Punkte immer noch eine Herausforderung für uns. Ich hoffe, dass wir diese Situation zum Besseren ändern können, weil wir viel arbeiten und unseren Platz als Organisation klar im Blick haben. Wir haben ein einmaliges Profil und eine Erfolgsgeschichte.

2015 wurde unsere Organisation im Rahmen der Projektausschreibung „Initiativen zur Entwicklung von Denkfabriken“ der International Renaissance Foundation mit Unterstützung der Schwedischen Botschaft in der Ukraine ausgewählt und der Think Tank Fund (TTF) begann, unsere Organisation umzustrukturieren.

Zu den Schwierigkeiten kann man auch die unsichere finanzielle Unterstützung zählen.

Die neuen Kollegen sind junge und motivierte Leute, die in erster Linie die Werte unserer Organisation teilen, Feuer in den Augen haben und an Veränderungen in der Gesellschaft glauben. Es ist ein großes Glück, mit Gleichgesinnten und jungen Leuten, von denen man viel lernen kann, im Team zu arbeiten.



Welche Aufgaben stellen Sie sich nun, da die EU ukrainischen Staatsbürgern Visafreiheit gewährt hat?

Es ist wichtig zu betonen, dass die Visafreiheit für uns nicht nur eine Frage von Bewegung und Mobilität ist, sondern der Weg dorthin auch Reformen beinhaltet.

Als nächstes wollen wir die Anpassung der Richtlinien und Gesetze, wie sie im Assoziierungsabkommen vorgesehen sind, vorantreiben. Dazu zählt die Frage nach den „Open Skies“, also die Vereinbarung mit der EU über einen gemeinsamen Luftraum.

Für diesen Herbst sind in Lwiw und Odessa zwei Rundtischgespräche mit der Lokalverwaltung sowie mit Unternehmern und Fachleuten für die Entwicklung der dortigen Flughäfen und das Anwerben von Billigfluglinien geplant.

Ich liebe diese Frage, weil sie uns oft mit dem Hintergedanken gestellt wird, dass wir als Organisation nur ein Arbeitsfeld haben. *Es ist wichtig zu betonen, dass die Visafreiheit für uns nicht nur eine Frage von Bewegung und Mobilität ist, sondern der Weg dorthin auch Reformen beinhaltet.* Da unsere Organisation an diesen Veränderungen beteiligt war, fühlen wir uns für ihre Fortführung verantwortlich. Aktuell analysieren wir die Änderungen und Unterstützung der Reformen, die im Rahmen der Visaliberalisierung in den Regionen begannen. Es geht vor allem um das Ausstellen neuer Ausweisdokumente, um Änderungen im Grenz- und Migrationsmanagement und um den Kampf gegen Diskriminierung. Wir sind uns sicher, dass es eine Nachfrage nach diesen Informationen geben wird, sowohl in der EU, wo das Monitoring nach der Erteilung der Visafreiheit begonnen hat, wie auch von Seiten der ukrainischen Regierung.

Als nächstes wollen wir die Anpassung der Richtlinien und Gesetze, wie sie im Assoziierungsabkommen vorgesehen sind, vorantreiben. Dazu zählt die Frage nach den „Open Skies“, also die Vereinbarung mit der EU über einen gemeinsamen Luftraum, die die Ukraine nicht unterschreiben kann. Es gibt objektive Gründe im Zusammenhang mit Gibraltar dafür, aber diese halten uns nicht davon ab, vorwärtszukommen. Wir sind der Meinung, dass niemand die ukrainische Regierung daran hindern kann, die EU-Richtlinien zu implementieren, während solche diplomatischen Fragen noch geklärt werden. Um eine Lösung dieses Problems voranzutreiben, haben wir eine Arbeitsgruppe mit unabhängigen Experten des Infrastrukturministeriums ins Leben gerufen und hoffen auf konstruktive Arbeit. Parallel dazu arbeiten wir daran, mit Stereotypen und Mythen rund um Billigfluglinien aufzuräumen, mit denen die Vereinbarung über einen gemeinsamen Luftraum häufig in Verbindung gebracht wird. Wir möchten, dass Ukrainer öfter mit dem Flugzeug fliegen können, und die Verkehrsinfrastruktur trägt positiv zu dieser Entwicklung bei. Für diesen Herbst sind in Lwiw und Odessa zwei Rundtischgespräche mit der Lokalverwaltung sowie mit Unternehmern und Fachleuten für die Entwicklung der dortigen Flughäfen und das Anwerben von Billigfluglinien geplant.

Ein weiterer Arbeitsbereich unserer Organisation beschäftigt sich mit der Integration von Immigranten und der Reintegration von zurückgekehrten ukrainischen Emigranten. Das ist ein breites Arbeitsfeld. Auf Regierungsebene mangelt es an einer diesbezüglichen Politik und einem Konzept.

Sie sagten, dass sich die Visafreiheit nicht in Vorteilen des freien Personenverkehrs erschöpft und dass ihr wichtige Reformen innerhalb der Ukraine zu verdanken sind. Gleichzeitig existiert die Meinung, dass sich Reformen ohne diese „Peitsche“, die die Visafreiheit für die ukrainische Regierung war, verlangsamen oder gar zurückgenommen werden könnten. Wie schätzen Sie die Bedeutung der Visafreiheit für den weiteren Reformprozess und für das Land im Allgemeinen ein?

Wir sind die Ersten, die das gesagt haben, und sind der Ansicht, dass es eine Herausforderung bleibt. Ich würde die Visafreiheit nicht als „Peitsche“ für die ukrainische Regierung bezeichnen, weil ich viele Leute aus der Regierung und dem Parlament kenne, die aufrichtig daran gearbeitet haben.



Es ist aber auch wahr, dass die Visafreiheit eine Motivation war und in der Bevölkerung eine breite Unterstützung auslöste und erfuhr. Die Visa-freiheit und das Assoziierungsabkommen sind zwei konkrete Erfolge seit Anfang der Integrationsbestrebungen in den europäischen Raum. Deshalb ist es so wichtig, die Reformen, die in diesem Rahmen begonnen wurden, zu erhalten und neue Anreize zu schaffen.

Ihre Organisation untersucht die Migrationspolitik der Ukraine, momentan wird auch ein Projekt dazu durchgeführt. Hat der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine Migrationsbewegungen in die EU oder in die Visegrád-Staaten ausgelöst beziehungsweise haben sich diese Bewegungen dadurch verstärkt? Haben wir in der Ukraine eine funktionierende und durchdachte Migrationspolitik?

Die Migrationsbewegungen, die mit dem Krieg im Osten der Ukraine begründet werden können, sind vorbei und die Binnenflüchtlinge, die als „Risikogruppe“ galten, haben keine wirklichen Absichten, in ein EU-Land zu migrieren.

Die Migrationsbewegungen, die mit dem Krieg im Osten der Ukraine begründet werden können, sind vorbei und die Binnenflüchtlinge, die als „Risikogruppe“ galten, haben keine wirklichen Absichten, in ein EU-Land zu migrieren. Außerdem hat die EU die Anträge der meisten ukrainischen Asylsuchenden abgelehnt, weil es in der Ukraine genug Platz für eine „Binnenflucht“ gibt. Inwieweit die Visafreiheit zur Migration beiträgt, wird man erst nach einer drei- bis viermonatigen „Testphase“ sagen können beziehungsweise sobald entsprechendes Datenmaterial vorliegt. Wie prognostiziert beobachten wir im Moment einen zahlenmäßig stabilen Personenverkehr über die Grenze ohne auffällige Schwankungen.

Was Migrationsmanagement und -politik betrifft, so wurden diese gerade durch die Visaliberalisierung wiederbelebt. 2010 wurde der Staatliche Migrationsdienst gegründet und ein dazugehöriges Entwicklungskonzept erarbeitet.

Was Migrationsmanagement und -politik betrifft, so wurden diese gerade durch die Visaliberalisierung wiederbelebt. 2010 wurde der Staatliche Migrationsdienst gegründet und ein dazugehöriges Entwicklungskonzept erarbeitet. Der Migrationsdienst hat viele Aufgaben erledigt, die im Aktionsplan zur Visaliberalisierung vorgesehen waren: Neue biometrische Ausweisdokumente wurden ausgestellt, ein einheitliches demografisches Register aufgebaut, das Migrationspotential des Landes berechnet und die Asylpolitik verbessert.

Es gibt dabei aber auch Schwierigkeiten, in erster Linie hinsichtlich der Ressourcen. Es fehlt an Personal für den Migrationsdienst, vor allem in den Regionen.

Es gibt dabei aber auch Schwierigkeiten, in erster Linie hinsichtlich der Ressourcen. Es fehlt an Personal für den Migrationsdienst, vor allem in den Regionen. Zu spüren ist auch die mangelnde Schulung des Personals, was sich hauptsächlich bei den Fremdsprachenkenntnissen und dem Verständnis einzelner Richtlinien z.B. der Genderpolitik oder jener gegen Diskriminierung bemerkbar macht. Ein weiteres Problem ist die unzureichende Koordination zwischen dem Migrations-, dem Grenz- und dem Geheimdienst sowie dem Innenministerium.

Wenn Sie im Ausland sind und dort die derzeitigen Veränderungen in der Ukraine kommunizieren, fallen Ihnen dann Unterschiede bei der ausländischen Zielgruppe im Vergleich zur ukrainischen auf? Worauf muss man achten?

Wie effektiv die Kommunikation ist, hängt von der jeweiligen Zielgruppe und von der eigenen Vorbereitung ab. Es ist wichtig, die jeweilige Mentalität zu kennen – die Europäische Union besteht schließlich aus unterschiedlichen Ländern mit ihrer jeweils eigenen Kultur und Geschichte. Als Paradebeispiel ist Brüssel zu nennen, wo man innerhalb eines Tages Treffen mit den Ständigen Vertretern verschiedener EU-Mitgliedstaaten und



Es hilft auch zu wissen, welche Advocacy-Formen funktionieren und welche nicht. In Brüssel kommen beispielsweise Karikaturen gut an, in Warschau Fotoausstellungen, in Berlin wiederum klare Argumente.

Die Fremdsprachenkenntnisse, das Format und der Stil einiger Analysen und Präsentationen sind mangelhaft. Wir müssen das alles erst richtig lernen.

Es gelingt dabei nicht immer, eine effektive Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden aufzubauen, was im Grunde daran liegt, dass wir als Denkfabrik sehr von unseren Projekten und der erhaltenen Finanzierung abhängig sind, während die Behörden ihre eigenen Interessen, Arbeitszeiten und -pläne haben.

Mitgliedern des EU-Parlaments haben und sogar im Gesprächsstil einen Unterschied bemerken kann.

Es hilft auch zu wissen, welche Advocacy-Formen funktionieren und welche nicht. In Brüssel kommen beispielsweise Karikaturen gut an, in Warschau Fotoausstellungen, in Berlin wiederum klare Argumente. Am häufigsten werden wir nach den Fortschritten im Kampf gegen Korruption sowie nach den Justizreformen und den Reformen der öffentlichen Verwaltung, der regionalen Selbstverwaltung und der Dezentralisierung gefragt.

Nicht selten habe ich meine Kollegen aus dem NGO-Bereich dabei beobachtet, wie sie ihren Kollegen aus der EU die Lage in der Ukraine beschrieben haben. Mir gefällt es nicht, wenn Bewertungen negativ und hoffnungslos ausfallen, wenn Kritik und Beschwerden über die Regierung dominieren. Es ist schlecht, wenn Menschen das Gefühl für Würde verlieren und in der EU keinen Partner sehen, sondern jemanden, der Mitleid empfinden soll. Eine solche Haltung trägt nicht zu unserem Wert bei.

Bei weitem nicht alle ukrainischen Organisationen und Denkfabriken haben einen guten Überblick und bieten qualitativ gute Produkte an, die das Publikum in der EU ordentlich informieren. *Die Fremdsprachenkenntnisse, das Format und der Stil einiger Analysen und Präsentationen sind mangelhaft. Wir müssen das alles erst richtig lernen.*

Kommen wir zu den ukrainischen Partnern. Auf Ihrer Webseite steht, dass zu Ihren Partnern unter anderem das Regierungsbüro für Fragen der europäischen Integration im ukrainischen Ministerkabinett, das Komitee der Werchowna Rada für Fragen der europäischen Integration sowie die EU-Abteilung und die Konsulatsabteilung im ukrainischen Außenministerium gehören. Wie charakterisieren Sie im Allgemeinen diese Zusammenarbeit und welche Unterstützung brauchen Sie Ihrer Ansicht nach jetzt und in Zukunft?

Eine „Partnerschaft“ hat nicht immer institutionalisierten Charakter. Es geht dabei eher um stabile und bewährte Verbindungen und Kontakte mit Mitgliedern bestimmter Organe, die in ihrer Arbeit Transparenz und Offenheit bewiesen haben. Unsere Aufgabe ist es nicht, mit der Regierung auf Konfrontationskurs zu gehen, sondern alternative Lösungen vorzubereiten, eine unabhängige Expertise anzubieten und den staatlichen Behörden zu helfen, für die Bürger zu arbeiten. *Es gelingt dabei nicht immer, eine effektive Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden aufzubauen, was im Grunde daran liegt, dass wir als Denkfabrik sehr von unseren Projekten und der erhaltenen Finanzierung abhängig sind, während die Behörden ihre eigenen Interessen, Arbeitszeiten und -pläne haben.* Wir können deshalb nicht immer alles stehen und liegen lassen, wenn sich Kollegen einer Behörde mit dem Auftrag an uns wenden, innerhalb kürzester Zeit eine Analyse zu erarbeiten.

Wenn wir dabei aber Versuche, den Reformen zu entkommen, oder andere negative Handlungen sehen, reagieren wir schnell und offen, wie das zum Beispiel bei den elektronischen Deklarationen für NGOs, den Änderungen im Arbeitsrecht oder dem Problem mit der Billigfluglinie Ryanair der Fall war.



Wie bewerten Sie die Veränderungen in der „Think-Tank-Branche“ in den letzten Jahren und wo sehen Sie einen Bedarf, die Expertise auszubauen?

Es gibt eine ganz deutliche Tendenz in Richtung Transparenz und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Denkfabriken von Seiten der Behörden.

Zuerst muss ich sagen, dass es *eine ganz deutliche Tendenz in Richtung Transparenz und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Denkfabriken von Seiten der Behörden gibt*. Es gibt konkrete Anfragen direkt von der Regierung, nur ist diese bisher nicht bereit, für die Aufträge zu zahlen. Es gibt mittlerweile auch Bekannte in den Behörden, die man anrufen und bitten kann: „Hör zu, ich brauche dringend diesen Gesetzesentwurf, um ihn, bevor er angenommen wird, durchzuschauen und zu analysieren.“ Und dann wird der Entwurf geschickt, den man zwar auch offiziell vom Komitee selbst erhalten würde, aber erst viel später, und am Ende aus bürokratischen Gründen vielleicht doch nicht.

Die ukrainischen Organisationen sind vor allem „hybrid“ und vereinen Analyse mit Advocacy.

Unser Leben als ukrainische Denkfabrik ist nicht rosig – wir sind das genaue Gegenteil von europäischen Think Tanks. *Die ukrainischen Organisationen sind vor allem „hybrid“ und vereinen Analyse mit Advocacy*. Als klassische Denkfabriken kann man in der Ukraine nur ein bis zwei Zentren bezeichnen. Bisher müssen die ukrainischen Organisationen den vollen Arbeitszyklus durchlaufen, das heißt nicht nur Analysen, sondern auch Policies erstellen und bei deren Implementierung mithelfen. Deshalb sind im ukrainischen Kontext Analysen und Advocacy die zwei Säulen für den Erfolg einer Denkfabrik.

Wie sieht die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und anderen Think Tanks, vor allem deutschen, aus und wo sehen Sie eine Möglichkeit zum Ausbau dieser Zusammenarbeit?

Die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern ist stärker geworden, auch dank des „Ukrainian Think Tanks Liaison Office“ in Brüssel, das zu einer Kommunikationsplattform für Organisationen, die eine Zusammenarbeit mit ihren Kollegen aus ganz Europa suchen, wurde.

Die Zusammenarbeit ist stärker geworden, auch dank des „Ukrainian Think Tanks Liaison Office“ in Brüssel, das zu einer Kommunikationsplattform für Organisationen, die eine Zusammenarbeit mit ihren Kollegen aus ganz Europa suchen, wurde. Neben den täglichen Aufgaben organisiert das Liaison Office jährlich ein UkraineLab und eine Ideenmesse, die mittlerweile zu einer einzigartigen „ukrainischen Denkoase“ in Brüssel wurden. Sie erleichtern die Kontaktaufnahme mit führenden Analysezentren, Akteuren und Politikern.

In der Zusammenarbeit mit deutschen Organisationen gibt es viele Themen, die uns vereinen. Wir können in erster Linie von den Erfahrungen deutscher Think Tanks im Ausbau des institutionellen Potentials profitieren.

In der Zusammenarbeit mit deutschen Organisationen gibt es viele Themen, die uns vereinen. Wir können in erster Linie von den Erfahrungen deutscher Think Tanks im Ausbau des institutionellen Potentials profitieren. Mit einigen von ihnen arbeiten wir zusammen, wenn auch nur gelegentlich. Auch die gemeinsamen Interessen bezüglich der Migrationsforschung, des Gas- und Energiesektors, der Probleme mit der russischen Propaganda und der neuen Herausforderungen des Informationssektors bieten Perspektiven für eine Zusammenarbeit. Wir benötigen einen Erfahrungsaustausch zum Einführen europäischer Standards im Umweltschutz, bei der nachhaltigen Entwicklung usw.



Unsere Organisation würde gerne mit deutschen Kollegen in Fragen des Migrationsmanagements und der Regulierung von Arbeits- und illegaler Migration zusammenarbeiten.

Unsere Organisation würde gerne mit deutschen Kollegen in Fragen des Migrationsmanagements und der Regulierung von Arbeits- und illegaler Migration zusammenarbeiten. Möglich ist auch eine gemeinsame Arbeit an Analysen zu Sicherheitsrisiken – die Ukraine wird heute aufgrund der Situation mit den Binnenflüchtlingen in diesem Kontext gesehen. Wir können ihr Mobilitätspotential verfolgen und die Situation in der Ukraine, die trotz des laufenden bewaffneten Konflikts als relativ stabiles Land gilt. Wir sind auch bereit, im Rahmen von „Open Skies“ zusammenzuarbeiten, was nicht nur dem ukrainischen Luftraum Vorteile bringt, sondern auch den Fluglinien aus der EU. Es gibt also genug Themen und Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit.